



Tagesbericht

12. Oktober 1953

Informationsdienst Nr. 1091 zur Beurteilung der Situation

Quelle

BStU, MfS, AS 39/58, Bd. 2, Bl. 166–172 (2. Expl.).

Serie

Informationsdienst.

Verteiler

Kein Nachweis einer externen oder internen Verteilung.

Bemerkungen

Gedrucktes standardisiertes Deckblatt mit Inhaltsverzeichnis (nur 1. Gliederungsebene mit 6 Punkten).

Die Lage in Industrie, Verkehr, Handel und Landwirtschaft

a) Industrie und Verkehr

Über die Neuwahl unseres Präsidenten Wilhelm Pieck¹ wird in den Betrieben nur in geringem Maße diskutiert. Dabei ist zu erwähnen, dass der überwiegende Teil der bekannt gewordenen Äußerungen einen positiven Charakter aufweisen. So sagt z. B. ein Arbeiter aus dem Fischkombinat Saßnitz: »Dass unser Präsident wieder gewählt wurde, kann ich nur begrüßen. Wilhelm Pieck hat doch bewiesen, dass er seine Arbeit nur im Sinne des Volkes durchführt.«

Ein Arbeiter aus Karl-Marx-Stadt: »Unser Präsident Wilhelm Pieck ist der geeignete Mann, die Einheit Deutschlands wieder zustande zu bringen. Er ist am ehesten in der Lage, das zu schaffen, denn er besitzt ein großes Vertrauen.«

Ein Arbeiter aus Dresden: »Obwohl ich mich nicht um politische Dinge kümmere, so muss ich doch sagen, als Wilhelm Pieck wieder als Arbeiterpräsident gewählt wurde, habe ich Freude empfunden. Trotz des hohen Alters hat es Wilhelm Pieck verstanden, das deutsche Volk für die Erhaltung des Friedens zu mobilisieren. Die Hauptsache ist, dass er noch lange lebt.«

Ein Arbeiter aus Leipzig: »Allgemein wird mit Befremden bemerkt, dass unsere Presse und [unser] Rundfunk nicht vorher über die Wahl geschrieben und gesprochen haben. Ich bin der Meinung, dass der Neuwahl unseres Präsidenten mehr Bedeutung zukommt als die kleine Notiz im ›Neuen Deutschland‹.«²

Vereinzelt werden noch positive Beispiele berichtet, wo Belegschaften sich aufgrund des 4. Gründungstages der DDR und der Neuwahl unseres Präsidenten zu Sonderleistungen verpflichteten. So z. B. verpflichteten sich die Kumpel des Braunkohlenwerkes

»Wildgrube«/Cottbus bis zum 31.12.1953 ihre Norm um 11 t täglich zu erhöhen.

Im Elektrokombinat Bitterfeld wurde von den Kollegen des Alu-Werkes eine Grußadresse an unseren Präsidenten einstimmig angenommen und fernschriftlich nach Berlin weitergeleitet. In einer EntschlieÙung der Stickstoffabteilung verpflichteten sich die Kollegen aufgrund des Vertrauens auf unseren Präsidenten, am Wettbewerb zur vorfristigen Sollerfüllung teilzunehmen und das Jahressoll bis zum 21.12.1953, dem Geburtstag des Genossen Stalin, vorfristig zu erfüllen. In der Grube Stahlberg Seligenthal/Suhl wurde eine Sonderschicht zu Ehren des 4. Gründungstages der DDR gefahren.

Negative Stimmen resultieren zum großen Teil aus der Unkenntnis unserer Verfassung, wobei zum Ausdruck gebracht wird, dass unser Präsident hätte vom ganzen Volk gewählt werden müssen. Teilweise werden in diesem Zusammenhang Vergleiche zu den Wahlen in Westdeutschland gezogen. Vereinzelt versuchen reaktionäre Elemente, mit feindlichen Argumenten gegen die DDR zu hetzen.

Nachfolgend einige Beispiele:

So äußerte ein Bauarbeiter aus Dresden: »Wie kann die Volks- und Länderkammer den alten Präsidenten wieder wählen, wenn das Volk nicht wieder gefragt wurde.«

Ein Arbeiter aus Rostock: »Seht euch die Wahlen in Westdeutschland an, was war aber bei uns! Wilhelm Pieck war als einziger Kandidat aufgestellt, man konnte also keinen anderen wählen.«

Ein Angestellter aus Erfurt: »Man hätte zu den Feierlichkeiten nicht so viel Geld ausgeben sollen, sondern dieses Geld benutzen sollen, die vorhandene Not der Bevölkerung zu lindern.«

Bezeichnend für eine gewisse Gleichgültigkeit gegenüber politischen Fragen vieler Arbeiter unserer Betriebe ist nachfolgendes Beispiel: Ein Arbeiter aus Karl-Marx-Stadt: »Ich habe mich früher nicht um Politik gekümmert und tue es auch heute nicht. Die Hauptsache ist, ich habe Arbeit und mein Auskommen. Alles andere ist mir egal.«

Im VEB »7. Oktober« Berlin³ sind eine Anzahl Normen nicht technisch begründet und werden teilweise hoch übererfüllt. Vier Arbeiter haben ihre Norm um 15 % erhöht. Bei guter Aufklärungsarbeit können solche Einzelercheinungen weiterentwickelt werden.

Im VEB Kombinat Deutzen/Leipzig⁴ wird stark über achttägige Lohnzahlung gesprochen, teilweise auch gefordert. Die zzt. bestehenden Normen werden hoch übererfüllt, da sie keine technischen Grundlagen haben. Von dem Kumpel wird kein Verlangen gezeigt, diese Normen freiwillig zu ändern.

Im VEB Werk Signal- und Sicherungstechnik, Berlin Treptow, wurde durch Materialschwierigkeiten der Produktionsplan im Monat Juli mit 71,1 %, im August mit 76,1 % und im September mit 62,5 % erfüllt. Aufträge, zum Teil Exportaufträge, können nicht beliefert werden, da zu den bereits hergestellten Geräten noch einige Einzelteile fehlen. Alle bisherigen Bemühungen der Werksleitung und der dafür verantwortlichen Angestellten blieben in Bezug der Materiallieferungen bisher erfolglos.

Aus Magdeburg wird berichtet, dass unter den Arbeitern der Betriebe gegenwärtig stark über die Vorschläge zur Auszeichnung der Aktivisten diskutiert wird. Im Thälmann-Werk⁵ wurde von der Gewerkschaftsgruppe des Betriebes 13 ein Arbeiter für den 13. Oktober als Aktivist vorgeschlagen. Da er am 17.6.1953 sich an dem Putschversuch beteiligt hatte, wurde der Vorschlag gestrichen, womit die Kollegen nicht einverstanden sind. Der Vorgeschlagene selbst erklärt: »Am 16.6.1953 haben wir bis abends um 18.00 Uhr uns noch im Schulungsraum über die Erhöhung der Normen auseinandergesetzt. Keiner von der Partei- und Gewerkschaftsleitung hat uns gesagt, wir brauchen uns nicht mehr damit beschäftigen, da die Regierung bereits am 11.6.1953 anders beschlossen hatte.⁶ Ich bin überzeugt, wenn uns jemand den neuen Beschluss der Regierung klargemacht hätte, wäre der größte Teil der Belegschaft der Demonstration ferngeblieben. In der Zeitung stand, dass die ehrlichen Kollegen, die ihren Fehler eingesehen haben, am Fortkommen nicht gehindert werden sollen.«

Am 8.10.1953 verweigerte eine Maurerbrigade der Bau-Union Potsdam in Eberswalde 3½ Stunden die Arbeit. Der Grund war[en die] ungeklärte Normenfrage und Materialschwierigkeiten. Durch das Eingreifen des FDGB und der Partei wurde die Arbeit wieder aufgenommen.

b) Handel und Versorgung

Mängel in der Kartoffelversorgung werden gemeldet aus den Bezirken Halle, Karl-Marx-Stadt (Kreis Flöha), Leipzig und Suhl (besonders in Bergkreisen). Es besteht die Gefahr, dass in einzelnen Gemeinden, die höher liegen, bei zeitig einsetzendem Frost die Bevölkerung nicht in ausreichendem Maße mit Einkellerungskartoffeln beliefert werden kann. In Dessau/Halle liegt die Belieferung bei 30 %. In Schmöln/Leipzig wurden in der ersten Dekade des Monats Oktober statt 395 t Kartoffeln nur 39 t geliefert.

Durch Belieferung mit ranziger Butter im Kreis Belzig/Potsdam und Plauen/Karl-Marx-Stadt ist die Bevölkerung unzufrieden. Dazu bemerkte ein Lebensmittelhändler aus Plauen: »Wir erhalten die Butter bereits im schlechten Zustand von der DHZ Lebensmittel und müssen sie verkaufen. Eine Rückgabe wird abgelehnt.«

Im Kreis Flöha/Karl-Marx-Stadt ist ein Rückgang im Umsatz der HO zu verzeichnen. Die Bevölkerung rechnet noch immer mit einer baldigen Preissenkung.

In einigen Kreisen des Bezirkes Neubrandenburg (Neubrandenburg, Demmin, Strasburg) fehlt es an Winterkleidung. Dazu äußert ein Einwohner aus Strasburg: »Die sollen nicht diesmal wieder die gleichen Fehler machen wie voriges Jahr, indem man Winterkleidung im Sommer und Sommerkleidung im Winter anbietet.«

Teilweise wird in Potsdam, besonders in ländlichen Gemeinden (Pritzwalk, Kyritz), über Mangel an Haushaltswaren geklagt.

c) Landwirtschaft

Unter der Landbevölkerung werden wenig die politischen Fragen diskutiert. Die bekannten Stimmen zur Wahl des Präsidenten Wilhelm Pieck sind in der Mehrzahl positiv. So äußerte z. B. ein Genossenschaftsbauer der LPG Zschölkau/Leipzig: »Es war ja selbstverständlich, dass Wilhelm Pieck wiedergewählt wurde. Daraus ist ersichtlich, dass die Bevölkerung unserer Republik Vertrauen zu unserer Regierung hat.«

Über die mangelhafte Stromversorgung wird in den Bezirken Cottbus, Magdeburg und Suhl negativ diskutiert. Ein Teil der Bauern äußert sich, dass sie dadurch mit offenem Licht in den Stall müssen und zugleich die Brandgefahr erhöht ist.

Verschiedene Einzelbauern des Kreises Pritzwalk/Potsdam fordern Angleichung des Getreidesolls an das der LPG.⁷ Im Kreis Frankfurt/Oder ist die Ablieferung von Getreide schlecht. Der Kreis steht an letzter Stelle. Einzelne Groß- und Mittelbauern im Bezirk Dresden fühlen sich jetzt wieder stark und wollen nur soviel abliefern, wie notwendig ist. So äußerte z. B. ein Großbauer aus Kemnitz: »Ich kann mein Soll nicht erfüllen. Sperrt mich doch ein oder gebt mir Sollermäßigung wie der Kreisbetrieb Böttig hat.«

Das Fehlen von Düngemitteln, besonders phosphorhaltigen, wird aus den Bezirken Halle (Kreis Merseburg) und Cottbus gemeldet. Bei verschiedenen LPG des Bezirkes Potsdam fehlt der Produktionsplan. Dadurch wissen die Bauern nicht, wie ihre Entlohnung stattfindet (LPG Mertensdorf).

In Magdeburg macht sich in einigen Kreisen ein Mangel an Arbeitskräften bei der Hackfruchternte bemerkbar. Im Bezirk Rostock fehlen Arbeitsgeräte und Ersatzteile. Ein werktätiger Bauer aus Welzin: »Wir sollen Lebensmittel liefern und die Regierung gibt uns keine Arbeitsgeräte.«

Im Bezirk Halle ist eine weitere Verbreitung der Schweinepest festzustellen. In Bischofswerda z. B. besteht die Gefahr, dass der gesamte Schweinebestand abgeschlachtet werden muss.

Stimmung der übrigen Bevölkerung

In der übrigen Bevölkerung ist bei politischen Fragen eine ruhige, abwartende Haltung zu bemerken (Bezirk Dresden, Karl-Marx-Stadt, Gera, Suhl und Cottbus). Ein Beispiel von politischer Interesselosigkeit zeigt eine Verkaufsstellenleiterin in der HO Meiningen/Suhl, die aufgrund von vorbildlichen Leistungen in der Umsatzplanerfüllung und Verkaufskultur zum 13. Oktober 1953 als »Verdiente Aktivistin« vorgeschlagen wurde, dies aber ablehnte mit der Begründung, dass sie dann zusätzlich politische Arbeit leisten müsse, und davon wolle sie nichts wissen. Sie drohte mit Kündigung, wenn man sie vorschlagen würde.

In Magdeburg wurde über die Wahl des Präsidenten wenig diskutiert. Die bekannten Stimmen sind in der Mehrzahl positiv. So sagte ein parteiloser Waldarbeiter aus Liegnitz/Magdeburg: »Ich freue mich, dass Wilhelm Pieck wiedergewählt worden ist und bin gern bereit, im Dorf Wache zu stehen, um unsere demokratischen Errungenschaften zu schützen.«

Gute Erfolge bei der Entlarvung westlicher Lügenpropaganda wurden durch Veröffentlichung eines westdeutschen Zeitungsartikels in der »Freien Presse« in Aue/Karl-Marx-Stadt erzielt, nach welchem es in Aue am 7.10.1953 zu blutigen Unruhen gekommen sein soll.⁸ Hierzu äußerte ein Mitglied der CDU: »Den drüben ist jedes Mittel heilig und man versucht alles, um unter der Bevölkerung Unruhe zu stiften. Für uns, die wir sehen, dass es glatte Lügen sind, ist es eine Lehre.«

Im Bezirk Leipzig wird von Teilen der übrigen Bevölkerung über die Stromabschaltungen negativ diskutiert.

Ereignisse von besonderer Bedeutung

Am 10.10.1953, gegen 4.50 Uhr, stieß in Göschwitz/Gera ein Personenzug auf einen vor der Einfahrt stehenden Transportzug der sowjetischen Armee. Es entstand leichter Sachschaden an beiden Zügen. Der Schlusschaffner des Transportzuges wurde schwer, 17 Passagiere des Personenzuges leicht verletzt. Schuld trägt der Blockwärter.

Organisierte Feindsätigkeit

Flugblattfunde wurden aus den Bezirken Karl-Marx-Stadt mit 336 Hetzschriften der NTS⁹ und 320 der KgU,¹⁰ Frankfurt mit 660 Hetzschriften der NTS berichtet.

Einschätzung der Situation

Gegenüber den Vortagen hat sich die Lage nicht verändert. Die Wiederwahl des Genossen Wilhelm Pieck zum Präsidenten der DDR wird weiterhin von der überwiegenden Mehrzahl der bekannt gewordenen Stimmen begrüßt. RIAS-Argumente und Unkenntnis der Verfassung der DDR sind bezeichnend für die verhältnismäßig wenigen Gegenstimmen. Die abwartende Haltung und Gleichgültigkeit zu politischen Fragen ist weiterhin charakteristisch für einen großen Teil aller Bevölkerungskreise.

1

Wilhelm Pieck war am 7.10.1953 auf einer gemeinsamen Sitzung der Volkskammer und der Länderkammer zum Präsidenten der DDR einstimmig wiedergewählt worden.

2

Von einer kleinen Notiz kann nicht die Rede sein. Am 8.10.1953 erschien das SED-Zentralorgan mit der Hauptschlagzeile »Wilhelm Pieck als Präsident wiedergewählt«. ND, Ausgabe A, v. 8.10.1953, S. 1.

3

VEB Großdrehmaschinenbau »7. Oktober«, früher Niles-Werke, in Berlin-Weißensee.

4

VEB Braunkohlekombinat Deutzen.

5

SAG Schwermaschinenbau »Ernst Thälmann«.

6

Hier liegt ein Missverständnis vor. Die Normenerhöhung wurde vom Politbüro der SED erst am Abend des 16.6.1953 zurückgenommen (Erklärung des Politbüros des ZK der SED zur Normenfrage vom 16.6.1953. In: ND, Berliner Ausgabe, v. 17.6.1953, S. 1) und nicht schon mit der Ausrufung des »Neuen Kurses« am 11.6.1953.

7

Die Privilegierung der LPG, insbesondere des Typs III, beim Ablieferungsoll blieb trotz des »Neuen Kurses« bestehen. Bei Ölsaaten und Getreide wurde sie durch die im Juni 1953 beschlossenen Änderungen sogar noch ausgeprägter. Vgl. § 1 Abs. 2 der Verordnung über Erleichterungen in der Pflichtablieferung und zur weiteren Entwicklung der bäuerlichen Wirtschaften vom 25.6.1953. In: GBl. 1953, S. 821 f.

8

Zeitungsartikel ließ sich nicht nachweisen.

9

Narodno-Trudowoj Sojus (NTS), deutsch: Volksarbeitsbund. Es handelte sich um eine seit 1930 bestehende russische Emigrantenorganisation, deren »geschlossener Sektor« streng konspirativ organisiert gegen die Sowjetunion arbeitete. Dabei ging es vor allem um die Verbreitung von antikommunistischem Propagandamaterial. Zur Zielgruppe dieser Aktivitäten gehörten in der SBZ/DDR vor allem die Angehörigen der sowjetischen Truppen. Ab Ende der Vierzigerjahre wurde der NTS insbesondere von US-amerikanischen Geheimdienststellen unterstützt und angeleitet, von den sowjetischen Sicherheitsorganen und unter deren Federführung auch vom MfS wurde er vehement bekämpft. Vgl. Stöver, Bernd: Die Befreiung vom Kommunismus: Amerikanische »Liberation Policy« im Kalten Krieg 1947–1991. Köln u. a. 2002, S. 318–331.

10

Die »Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit« (KgU) war eine antikommunistische Organisation, die von Westberlin aus in die DDR hineinwirkte. Sie wurde 1949 u. a. von Rainer Hildebrandt gegründet, 1951 übernahm Ernst Tillich die Leitung. 1959 wurde die KgU aufgelöst. Wegen ihrer Anbindung an amerikanische Geheimdienststellen und des zeitweisen Einsatzes auch militanter Mittel galt sie dem MfS als besonders gefährlicher Gegner. Vgl. Merz, Uwe: Kalter Krieg als antikommunistischer Widerstand. Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit 1948–1959. München 1987; Engelmann, Roger: Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit. In: Henke, Klaus-Dietmar; Steinbach, Peter; Tüchel, Johannes (Hg.): Widerstand und Opposition in der DDR. Köln u. a. 1999, S. 183–192.